

Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	29.01.2003	F0006/03
Absender		Wird von der Verwaltung ausgefüllt. Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
Regina Frömert , PDS - Fraktion in der Landeshauptstadt Magdeburg		
Adressat		am
Gerhard Heinl, Vorsitzender des Stadtrates Alter Markt 1 39090 Magdeburg		06.02.2003 14:00
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	06.02.2003 14:00	
Kurztitel		
Anwendung gesetzlicher Bestimmungen (Asylbewerberleistungsgesetz, ...)		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Tagen erhalte ich Informationen darüber, dass in der Landeshauptstadt Magdeburg das ganz normale Leben asylsuchender Männer und Frauen weiter eingeschränkt worden ist.

Meine Nachfrage im Bereich des Ausländerbeauftragten bestätigte, dass auch dort Hinweise auf die aus meiner Sicht menschenunwürdige und zu kritisierende Verfahrensweise der Landeshauptstadt Magdeburg eingegangen sind.

In Magdeburg sollen seit kurzem, obwohl es keine gesetzlichen Änderungen gab, Asylsuchende statt mit Barmitteln nur noch mit Verpflegungsgutscheinen ausgestattet werden.

Ich frage Sie deshalb:

- Entspricht dies den Tatsachen?
- Wer hat wann und warum auf welcher gesetzlichen Basis diese Entscheidung vorbereitet und getroffen?
- Wie wurde der Ausländerbeauftragte , wie der Ausländerbeirat in die Vorbereitung der Entscheidung einbezogen?
- Mit welchen Argumenten gegen diese Einführung wurde sich auseinandergesetzt?
- Welche Folgen hat diese Entscheidung auf die Betroffenen, ihre weitere Stigmatisierung in der Stadt, in der Gesellschaft?
- Welche Wirkungen soll die Entscheidung auf die Stadt und ihre Bürger haben?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.